

Giebederaler Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.)

Der „Giebederaler Volksbote“ wird täglich abends außer an Sonn- und Feiertagen mit dem Druck am folgenden Tage und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, von der Post zu beziehen. Preis vierteljährlich 20 Pf., 1,00. Wöchentlich 5,5 Pf., Postabrechnung ist vor, nach, 4. Nachtrag. Die Auslieferungsgebühr beträgt für die viergeschossige Betzhalle oder deren Raum 15 Pf., für Verkündigungs-, Arbeits- und Vogelmarktanzeige nur 10 Pf., auswärtige Auslieferungen 30 Pf. Interesse für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittag in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Freitag, den 10. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Sieben neue Beiläge.

Wenn Zwei dasselbe thun!

Am 31. Mai 1891 sollte Nachmittags im „Kronprinzen“ zu Gießen eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Da der Einberufer der Versammlung schon vorher unterrichtet war, daß die reichsstädtischen Bergarbeiter einen Anschlag gegen die Versammlung planten, verbot er ihnen in der Annoncen den Eintritt. Trotzdem erschien eine Schaar Bergleute vor dem Versammlungsraum. Die Bergleute überwältigten die Leute, die an der Thür standen und ihnen den Eintritt verboten, und als sie sich den Eintritt erwungen hatten, schlugen sie mit Knüppeln, Gummischläuchen, eingebundenen alsernen Schrauben, Schuppensteinen auf die Anwesenden ein, zertrümmerten Thüren, Fenster, Tische, Gläser. Ein angegriffener Sozialdemokrat machte in der Notwehr von seinem Revolver Gebrauch. Der Polizeisergeant Köhler feuerte die angreifenden Bergleute auf, die Sozialdemokraten niederzuschlagen. Die Angreifer schrien: **Schlägt den Hund nieder!** Die Angreifer hatten es vor Allem auf den Referenten der Versammlung abgesehen, den sie bis zum Bahnhof wütend verfolgten, wo derselbe durch Einspringen in einen eben absahrenden Zug sich retten konnte.

Ende Februar 1892 fand vor einer Zweikammer des Landgerichts in Gießen die Verhandlung statt. Es war Anklage erhoben gegen 10 Bergleute, 4 Sozialdemokraten, 1 Polizeisergeant. Anklage wegen Landfriedensbruch gegen die Bergleute war von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Auch der Gerichtshof lehnte im Laufe der Verhandlung die Verweisung an das Schwurgericht ab, weil eine vorhergehende Verabredung, gemeinsam Gewalttätigkeiten zu verüben, nicht genügend nachgewiesen sei. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Landfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Der Staatsanwalt suchte das Verhalten der Reichstreuen sehr milde darzustellen. Er sagte z. B.

Nun heißt es, die Bergleute haben sich zusammengetötet. Es ist nur festgestellt, daß ein Zusammenstoß stattgefunden, ob diese Bergleute aber ein gemeinsames Ziel gehabt haben, ist nicht erweisbar.

Thatsächlich war aber einwandsfrei festgestellt worden, daß ein Bergmann zu einer Beugin am Vormittage des Karawalles gesagt hatte: „Heut' Nachmittag kriegen die Sozialdemokraten Prügel“. Ein anderer hatte gewarnt: „Nimm Dich in Acht, damit Du nicht Prügel kriegst“. Ein dritter sagte schon am Tage vor der Versammlung: „Gehen Sie mir hin, die Bergleute gehen geschlossen vor!“ Und bewaffnet mit Knütteln zogen die Bergleute von einem anderen Lokal gemeinschaftlich aus, wo sie sich gesammelt hatten.

Weiter sagte der Erste Staatsanwalt:

Ein Hauptgewicht wird auf die Kurze des Polizeisergeanten Köhler „Schlägt den Hund tott u. s. w.“ gelegt, freilich war das eine thörichte Niederschlag, aber man muß doch bedenken, daß die Worte im Drange der Verhältnisse ausgestossen.“

Das Urtheil stellte fest, daß die Bergleute die Urheber des bedauerlichen Excesses waren. Bergleute Liebau und Wunderlich haben Krüger und Topf (Sozialdemokraten) mit einem Stock und mit einem Gummischlauch misshandelt. Liebau war der Anführer. Er hat vorher in einem Lokale gesagt: „Wir lassen den Nebner 5 Minuten sprechen!“, das spricht dafür, daß er von vornherein beabsichtigte, Gewalttätigkeiten zu verüben. Er ist mit Gewalt gegen Personen vorgegangen, die ihm gar nichts gethan hatten. Wunderlich ist mit grosser Röheit vorgegangen.

Bergmann Glaz — wir zitieren immer das Urtheil — hat Fenster und Transparente zerschlagen und einen Zigarrenarbeiter mit einem Stahlbein geschlagen.

Bei Bergmann Zick ist erwiesen, daß er in ganz unmenschlicher Weise den Ritter misshandelt hat.

Einigen weiteren Angeklagten wurden geringere Vorwürfe gemacht, einigen konnte nichts Bestimmtes nachgewiesen werden.

Endlich der Polizeisergeant Köhler. Von ihm sagt das Urtheil:

„Er hat durch sein besonders exzessives Verhalten zur Ausdehnung des Vorfalls beigetragen. Er hat erst die Verantwortung gegeben zu groben Ausschreitungen, indem nach seiner Aufforderung Ritter, Fuhrmann und Bischof

miss handelt worden sind. Hätte Köhler als Beamter seine Schulbigkeit gehabt, so hätte sich der Excess auf der Straße gar nicht so auszuhauen können. Sein Vergehen gegen § 340 des Strafgesetzbuchs war frevelhaft und frivol. Er hat nicht allein als Beamter die Misshandlungen geduldet, sondern er hat den Bergleuten extra gehieben, zu misshandeln. Köhler war auch schon zweimal wegen Gewaltthätigkeit vorbestraft.

Und dem Sozialdemokraten Francke, der mit dem Revolver schoß und einen Bergmann verwundete, mußte das Urtheil besonders widernde Umstände zuerkennen, weil er sich in Notwehr befand, denn die Bergleute hatten sich auf ihn gestürzt mit Rufen wie:

„Francke, Du wirst verhext!“
„Francke, Du wirst geschlacht!“

Dieses Gießener Vorkommen unterscheidet sich bemerklich von „Wörwärts“, denn wir diese Angaben entnehmen — gewiß erheblich von demjenigen in Löbau, das zu dem 53 Jahre Buchthans-Urtheil geführt hat. Die Ausschreitungen der Bergleute in Gießen wogen offenbar weit schwächer als die der Löbtauer Bauarbeiter.

In Gießen bestand eine gewaltthätige Absicht; dann rüsteten sich die Bergleute mit lebensgefährlichen Instrumenten aus; sie brangen in das Versammlungslokal, demolirten alles darin und misshandelten zahlreiche Personen aufs Schlimmste; sie drohten mit Todtschlag und verfolgten einen Menschen noch weit über die Straße bis zum Bahnhof.

In Löbau bei Dresden waren die Arbeiter in beträchtlicher Erregung wegen der Überarbeit; sie waren durch Biergenäß trunken; sie wurden durch Schimpfworte und Schläge des Bauunternehmers erschreckt und gereizt; daraufhin misshandelten sie denselben.

Und nun sehe man die Strafen, welche in beiden Fällen verhängt wurden.

In Dresden 7, 8, 9, 10 Jahre Buchthaus. In Gießen — wo die Richter die Thaten der Angeklagten so schwer qualifizierten, wie wir oben sahen, wurden Strafen verhängt über

9 reichstreue Bergleute und 1 Polizeisergeanten von insgesamt

2 Jahren, 10 Monaten, 3 Wochen Gefängnis.

In Dresden wurde der „Mädelssührer“ mit 8 Jahren Buchthaus bestraft. In Gießen der selbe mit 9 Monaten Gefängnis.

In Dresden wurden 9 Arbeiter, weil sie den Bauunternehmer mit Todtschlag bedroht haben sollten, mit 9 und 10 Jahren Buchthaus bestraft. In Gießen wurden die Reichstreuen, welche dasselbe thaten, mit 3, 4 und 6 Monaten Gefängnis bestraft. Der Polizeisergeant, der geschrieen: „Schlägt den Hund tott“, wurde mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Und welches war der Abschluß des Gießener Prozesses? Nach einiger Zeit wurden sämtliche verurteilten reichstreuen Bergleute begnadigt

und es wurden ihnen auch im Gnadenwege die Kosten des Verfahrens erlassen.

Der Abschluß des Dresdener Prozesses wird ein anderer sein.

Hinter Buchthausmauern werden blühende Menschenleben in grauvoller Pein zu Grunde gehen.

Die Gerechtigkeit des heutigen Staates will es, daß reichstreue Bergarbeiter mit wenigen Monaten Gefängnis büßen und schleunigster Begnadigung gewürdigt werden, während Arbeiter, die in Wahrung von Arbeiterinteressen eine weit mildere Ausschreitung begegnen, mit Buchthausstrafe bestraft werden,

die der Todesstrafe gleichkommt.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Giebederaler Volksbotes“.)

Berlin, den 8. Februar 1899.

Aus dem Reichstage. Die heutige Sitzung wurde mit der erfreulichen Nachricht eröffnet, daß Herr Kreitling sein Mandat niedergelegt habe. Wir haben also „sofort“ Nachwahl im 2. Berliner Kreise, wenn die Puttkamer'sche Auslegung des Wortes „sofort“ glücklich über-

wunden ist. Die Bankdebatte wurde heute noch nicht beendet. Genosse Schönlaub eröffnete die Reihe der Redner, um den Standpunkt der Fraktion zur Vorlage zum Ausdruck zu bringen. Seine Rede zeigte von außerordentlicher Beherrschung des Materials und außerordentlicher Kenntniß der Theorie wie der Praxis des Bankwesens. Er setzte auseinander, daß die Sozialdemokraten, die prinzipiell für die Verstaatlichung seien, doch unter gegebenen Umständen sich auf den Boden der Vorlage stellen, um zu verhüten, daß die Reichsbank nicht als Staatsinstitut eine Centralpumpstation für die Agrarier und das Almosenwesen der Liebesgabenpolitik der Hölle nicht auf die Reichsbankpolitik übertragen werde. Nach ihm trat der Führer der schwäbischen Volkspartei Bayrer für das Bestehenbleiben der Privatnotenbank ein, ein Gedanke, dem später auch ein konservativer Württemberger, der Abg. Schrempp, sich anschloß. Der Direktor der Deutschen Bank, der freimaurige Abgeordnete Siemens, verteidigte die Vorlage, die heute von seiner Seite angegriffen wurde, und dasselbe that der Centrumabgeordnete Müller-Zulda, während der nationalliberale Abgeordnete Dr. Heiligenstadt, der stellvertretende Direktor der Centralgenossenschafts-Bank, sein Institut gegen die Angriffe in Schutz nahm, die es wegen allzugroßen Entgegenkommens bei agrarischen Pumpversuchen erfahren hatte. Die Agrarier selbst schwiegen heut ganz. Am Freitag wird die Debatte beendet und außerdem die agrarische Interpellation über unsere Handelsbeziehungen zu Amerika berathen werden. Morgen soll die Sitzung wegen der Beisetzung des Grafen Caprivi aus.

28. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Posadowsky.
Abg. Kreitling (kreis. Volksp.) Berlin II hat sein Mandat niedergelegt.

Die erste Berathung der Novelle zum Bauhofgesetz wird fortgesetzt.

Dr. Schönlaub (SD): Meine Parteigenossen sind natürlich grundsätzlich für die Verstaatlichung der Reichsbank, aber wir untersuchen die Verstaatlichungsfrage nach ihren praktischen Konsequenzen. Für uns hat die Verstaatlichung der Reichsbank nur einen Werth, wenn sie einen politischen und ökonomischen Fortschritt bedeutet, wenn sie zum Nutzen der Allgemeinheit und nicht im Interesse eines kleinen Unteressentüngels vor sich geht. Es entsteht daher die Frage, ob bei der heutigen politischen Konjunktur die Verstaatlichung einen Werth hat, und ob nicht bei dem heutigen herrschenden gemischten System des Bankwesens bereits eine Reihe von den Forderungen erfüllt werden, die wir von unserm Standpunkt der Verstaatlichung aus an eine Bank, die die allgemeinen Interessen vertreten soll, stellen. Es handelt sich also vor Allem darum: was hat bis jetzt die Reichsbank geleistet, wie hat sie ihre Aufgaben erfüllt, und welches sind ihre Aufgaben? Die heutige Centralnotenbank ist das Ergebnis eines lange hinausgezogenen schwierigen Kompromisses zwischen den Einzelstaaten, die mit ihren Notenbanken zu rechnen hatten, und den Mächten, die gebieterisch die Zentralisierung des Notenwesens im Interesse des ungehinderten Entwicklung des Kapitalismus verlangten. Vor allem geschah die Einrichtung und fortbreitende Erweiterung des Giroverkehrs im Interesse der freien Entwicklung des Kapitalismus. Mit dem großen Aufschwung von Handel und Verkehr in den letzten Jahrzehnten hat sich die Intensität der Ausnutzung des Giroverkehrs kolossal gesteigert. Gegenüber 10 Milliarden, die 1876 dadurch an Baugeld erwartet wurden, sind im Jahre 1879 83 Milliarden erwartet worden. Die Hauptaufgaben der Reichsbank sind Anpassung des Geldumlaufs an die Schwankungen des Geldbedarfs und die Erhaltung der deutschen Währung. Wenn die Reichsbank hier natürlich gewirkt hat, vor allem auf dem Gebiete der Währung, so ist das wohllich nicht das Verdienst der Herren auf der Rechten. Als im Jahre 1879 plötzlich die Silberverläufe eingestellt wurden, geschah das mit Hilfe der Rechten, aber trotzdem hat die Reichsbank stets ihre Aufgabe erfüllt, alle ihre Zahlungen in Gold zu leisten, und der Goldvorrat der Reichsbank ist von 1876 bis heute von 1654 auf 2900 Millionen gestiegen. Mit der Entwicklung des modernen Industrialismus, mit der Ausbildung der großkapitalistischen Produktionsweise, die immer gröbere Ansprüche an das Kreditwesen stellt, ist selbstverständlich auch die Aufgabe der Reichsbank gewachsen und die Zentralisation des Bankwesens, die von einem Punkte aus eingreifen und regulieren kann, notwendiger geworden. Hier komme ich auf die Frage der Diskontopolitik der Reichsbank, die ja schon diskutiert worden ist. Herr Kampf hat wieder einmal an die Bank von Frankreich erinnert, die mit zwei Prozent diskontiert. Es ist aber doch ganz falsch, zu glauben, daß eine Bank, und sei sie noch so mächtig, ihren Diskont von sich selbst aus bestimmen kann. Der Diskontosatz einer jeden Notenbank steht unter dem Einfluß der Schwankungen des inneren Geldbedarfs, unter dem Einfluß der Schwankungen und Schwankungen des großen Organismus der Weltwirtschaft und der Weltwirtschaft, und dieses Frankreich mit seinem herrlichen Bankdiskont steht industriell hinter Deutschland zurück. Der offizielle Diskontosatz ist kleiner als der tatsächliche Diskontosatz. Wenn man das berücksichtigt, so ergibt sich eine Differenz von 0,6 p.c. in einem Jahrhundert zwischen französischem und deutschem Bankdiskont. Nun meine ich, daß die Diskontopolitik allerdings regulierend auf den Geldbedarf wirken kann. Einmal lockt sie durch Erhöhung des Diskontosatzes das fremde Geld herein und zweitens beschränkt sie die inländischen

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Dresdener Urtheil. Neben das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts in Sachen des Löbtauer Bauarbeiterkrawalls bringt die „Frankl. Blg.“ einen längeren Artikel. Nachdem es den Sachverhalt festgestellt hat, schreibt das Blatt:

Konsumentenprämie. Die oberste Ausgabe einer Centralnotenbank ist die Regulierung des Geldumlaufs, die Aufrechterhaltung der Währung. Die Politik der Agrarier, die die Reichsbank zu einer Generalzumpfstation für das Agrarierthum umwandeln wollen, wird das Fundament des Reichstags in die Luft sprengen. Die Landwirtschaft muss mit langen, die Reichsbank mit kurzen Fristen rechnen. Sie kann den Agrariern keinen langfristigen und ungesicherten Kredit gewähren. Herr Kamp sagt freilich: „Sind die auf den Wechsel Verpflichteten nicht zwingend zahlungsfähig, so wird durch die Vergrößerung der Zahl derselben die Sicherung der Wertschätzung erhöht.“ Das ist die Vogel der Agrarier (Heiterkeit). Die Agrarier haben bereits genügend Extraprivilgien bei der Reichsbank, & v. d. B. die sog. Finanzwechsel. Mehr aber kann die Reichsbank für sie nicht thun. Sie könnte sich sonst ruhig in eine grosse Wohlhaberstafel verwandeln. Interessant ist es, dass gerade aus den Reihen dieser, die sich nicht über Mängel am Reichs- und Staatskasse beschlagen können, gegen die Reichsbank anhelleliger der Vorwurf erhoben wird, dass sie sich Millionen schulden lassen! Aber wie steht es denn mit Ihren Lebengaben (nach rechts), mit den 40 Millionen für Braunkohle, den dreißig Millionen für Zucker, mit den Zöllem und den indirekten Steuern? (Nachen, Juristische rechts.) Herr Graf Bonin hat hier es im Interesse der allgemeinen Wohlthat als nothwendig hinstellt, dass die Warenpreise so weit als möglich in die Höhe getrieben werden. Schlecht er unter diese teuren Waren auch die Arbeitskraft mit ein? (Lachen. Jurose: Ach)

Dann sollten die Herren ihren Landarbeitern höhere Löhne geben, anstatt sie als Sachenjugend nach dem Westen zu treiben. (Schreitig bei den Sozialdemokraten.) Die einzelnen Forderungen der Reichsbankvorlage sind banktechnische Fragen, die in der Kommission sorgsam erwogen werden müssen. Wenn sich die Herren der Rechten zur Vorlage so erstaunt milde verhalten, so beweist das, dass sie hoffen, durch freudliche Wiederherstellung an die Regierung eine Reihe von Vortheilen aus anderem Gebiet zu erlangen. Die Herren haben gelernt, dass die Politik der grossen Mittel nicht mehr nothwendig ist. Man denkt vielleicht, dass, wenn die Parteien füßen bei der Reichsbank beginnen, die Hochzeitstage bei den Handelsverträgen bezahlt werden wird. Wir werden also alles tun, um zu verhindern, dass den Agrariern irgend ein Vorgeblümig gemacht wird; und da unsere Zahl nicht so gering ist, glaube ich, dass wir bei wichtigen Fragen über die Reichsbankpolitik den Ausschlag geben werden. Wir haben keinen Anlass, diese Stamm-, Kardorff- und Wrbach-Politik mitzumachen, um allerdingsten, wo es sich darum handelt, eine Organisation auszubauen, die bisher im Grossen und Ganzen ihre Aufgabe gut erfüllt hat und solange wir nichts besseres finden, thätiglich die nothwendige Organisation unserer heutigen Geldwesen ist. — Die sozialen Momente, die uns bei der Reichsbank interessieren, sind in erster Linie indirekter Art. Wir stehen hier den Umstötzungen des Kapitalismus, der immer mehr darauf ausgeht, zu zentralistischen, von einem Zentrum aus zu leiten in Diskont, Geldmünzen und in der Währungspolitik. Als Vertreter der Arbeiterschaft wollen wir die grossen Gebiete des Handels und Verkehrs nicht durch eine verfehlte Bankpolitik gehemmt sehen. Also wir stehen dieser Frage der Reichsbankvorlage als Vertreter der Arbeiter durchaus wohl und unbefangen gegenüber, werben aber jedenfalls für eine Bankpolitik, die das Atmosphären aus der Liebesschenpolitik der Zölle in die Reichsbankpolitik überträgt, wie zu haben sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Südd. (Bp.) wendet sich gegen die Bestimmungen des Entwurfs, die sich gegen die kleineren Notenbanken richten. Eine „einheitliche“ Regelung des Notenbankwesens bedeutet nichts weiter, als den kleineren Banken das Leben leicht ausbläfen. Ich weiß nicht, ob die Inhaber der Notenbankprivilegien gegen die berechtigten Wünsche der Reichsbank gestimmt haben. Ist das der Fall, so kann die Reichsbank schon Meineid schaffen, denn sie hat schon jetzt Macht genug dazu. Über deshalb eine gesetzliche Bestimmung zu erlassen, die die Existenz der kleinen Notenbanken untergräbt, das würde für den gesamten Geldverkehr eine enorme Schädigung bedeuten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sie meint (Bp.): Die Vorwürfe, die gegen die Vorlage erhoben sind, beruhen noch auf der alten Theorie, dass die Centralbank und die Notenbanken dazu da sind, um Kredit zu gewähren und den Kredit zu erleichtern. Die wirtschaftliche Revolution hat diese Theorie über den Haufen gestrichen. Gente hat die Reichsbank nur die Funktion einer Vermittlungsstelle, sie ist nur eine Centralstelle zur Regulierung des Geldumlaufs. Jeder Preuse hat im Durchschnitt 3600 Mark Vermögen und 600 Mark Schulden. So sieht jeder Preuse aus. (Große Heiterkeit.) Von diesen 600 M. sind 50 M. zum Diskont bei der Reichsbank geeignet. Gerade der Besitz von ausländischen Wertpapieren ist für uns von höchstem Werth wegen der Aufrechterhaltung der Goldwährung. Ein Ausländer herrscht allgemeine Bewunderung für die vorzügliche Leitung unserer Reichsbank. Wenn wir in dieser Beziehung den Ausländer einmal voraus sind, sollten wir uns freuen und die Kritik, die ja sonst bei uns sehr im Schwange ist, einmal zurückstellen. Unsere Reichsbank ist nur auf das Mittel des Diskonts beschränkt, um die Währung zu sichern. Ein neues Mittel dazu sieht die Vorlage vor, in dem Zwangsdiskont der Privatnotenbanken. Diese sind von vornherein nicht als dauernde Einrichtungen gebaut worden, sondern sollten sich vor Ablauf an auf die Centralisierung einrichten. — Der Kapitalerhöhung steh ich sehr kühn gegenüber. Die Kraft der Reichsbank hängt nicht von ihrem Kapital ab, sondern vom Credit und ihren Depositen. Das Geld ist für sie oft viel ungewöhnlicher als kein Geld. (Heiterkeit.) Das System der reinen Staatsbank ist zu verwerten. Wo auch eine Staatsbank besteht, ist sie ausgepumpt worden. Es braucht nicht einmal ein Krieg die Ursache zu sein. Deshalb rathe ich Ihnen, die Vorlage anzunehmen.

Müller-Hulka (E.): Der Abg. Schönlanck hat die Centralgenossenschaftskasse die Centralzumpfstation für die Zinser ge- nannt. Wäre Herr Schönlanck im preussischen Abgeordnetenhaus, dann würde er von dem Segen erfahren, den die Bank schon verbreitet hat. (Beifall rechts und im Centrum.) Ich sehe ganz auf dem Standpunkt des Herrn Siemens. Die Bank darf nicht in den Dienst einzeln Interessengruppen gestellt werden. Das landwirtschaftliche Kreisbedürfnis könnten wir auf ganz andere Weise befriedigen. Es ist nicht richtig, dass die Reichsbank erst in zweiter Linie das Interesse des Reiches vertrete. Die Bank von Frankreich leistet viel weniger als unsere Reichsbank. Von einem übertriebenen Nutzen der Aktionäre kann auch nicht gesprochen werden. Die Dividende für sie hat in den letzten 20 Jahren durchschnittlich 5½ % p. c. betragen, und das ist auch nicht viel.

Reichsbankpräsident Dr. Koch: Es liegt uns fern, die Privatnotenbank sofort bestrafen zu wollen. Der Zwangsdiskont, der ihnen auferlegt werden soll, wird ihr Dasein gerade verlängern. Die Privatnotenbanken erschweren der Reichsbank ihre Diskontspolitik.

Dr. Heiligenstadt (R.): steht auf dem Boden der Vorlage und nicht im Uebrigen die Centralgenossenschaftskasse, derenstellvertretender Direktor er ist, gegen die Angriffe zu vertheidigen. Sie sei durchaus keine Centralzumpfstation; sie erhalte ihre Darlehen durchschnittlich in 2 Monaten wieder. (Sehr richtig rechts.)

Schrempf (R.) tritt den Ausführungen Bahr's über die Notenbanken bei. Wenn Herr Siemens sagt, der deutschen Landwirtschaft mangelt die Reizheit, so giebt er und seine Freunde aus der Hochfinanz ihr vielleicht die Mittel an, um die Reizheit beim Getreidebau und bei der Viehzucht zu heben. (Heiterkeit.) Rothwald soll seinen Gästen einmal Milch vorgelegt und dabei gesagt haben: „Trinken Sie herzhaft; es kommt so hoch wie Champagner.“ (Große Heiterkeit.) Alle Finanziers denten also nicht so über die Reiz der Landwirtschaft wie Herr Siemens. (Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem Interpellation Kanitz über unsere Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Schluss 5¾ Uhr.

Wie wir gestern meldeten, beschäftigte sich dieselbe Kommission Dienstag Abend mit der Wahl des Abgeordneten Kreitling (F. B.) II. Berlin und erklärte die selbe für ungültig. Wieso die Kommission zu diesem Beschluss gekommen ist und kommen musste, zeigen folgende nähere Angaben. Nach dem Wahlergebnis waren 57.109 gültige Stimmzettel abgegeben. Infolge Nachprüfung aller Wahlzettel wurden noch 11 Stimmen für gültig erklärt, so dass die Zahl der gültigen Stimmen auf 57.120 stieg. Die absolute Majorität betrug also 28.561. Er hatte nun erhalten Kreitling 28.562 Stimmen, von denen ihm aber durch die Wahlprüfungscommission noch 1 abgezogen wurden, so dass die auf ihn gesetzten Stimmen sich endgültig auf 28.558 stellten. Unter Weisung H. Fischer hatte nach dem zuerst festgestellten Wahlergebnis nur 28.547 Stimmen erhalten; ihm wurden durch die Wahlprüfungscommission über 15 Stimmen zugezählt, demnach ergaben sich schließlich für ihn 28.562 Stimmen. Auf Fischer entfiel also ein Mehr von einer Stimme. Nach dieser Rechnung war das Ergebnis nicht zweifelhaft. Die Wahlprüfungscommission beschloss daher mit 9 gegen 1 Stimme, dem Rechtmäßigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Kreitling zu empfehlen. Gobann beschäftigte sich die Kommission mit Feststellung der Beichte über die Wahl der Abg. H. Kreitling und Dr. Förster. — Die Wohl des sehr genannten Mitgliedes des Reichstages soll beansprucht, ansondernd über Einzelheiten Beweis erhoben werden.

Die Novelle zum Postgesetz ist jetzt dem Reichstage zugegangen. Sie enthält die Erhöhung der Gewichtsgrenze des einfachen Briefes auf zwanzig Gramm, die Ermächtigung zur Ausdehnung der Ortsstaxe auf den Nachbarortsverkehr, die Reform des Postzeitungstarifs und die Erweiterung des Postregals auf die Förderung verschlossener Briefe innerhalb der Gemeindegrenzen des mit einer Postanstalt versehenen Ursprungsortes usw. Ferner dürfen Anstalten für gewerbsmäßige Einsammlung, Förderung oder Vertheilung von unverschlossenen Briefen, Karten, Drucksachen und Waarenproben, die mit der Aufschrift bestimmter Empfänger versehen sind, künftig im Reichspostgebiete nur mit Genehmigung des Reichskanzlers, in Bayern und Württemberg nur mit Genehmigung der Landes-Zentralbehörde errichtet oder weiter betrieben werden. Den vor dem 1. April 1898 eingerichteten und seitdem bis zur Verkündigung dieses Gesetzes ohne Unterbrechung betriebenen Privat-Briefbeförderungsanstalten und ihren Bediensteten, die in Folge dieses Gesetzes Schaden erleiden, sind Entschädigungen zu gewähren, über welche der Entwurf nähere Bestimmungen enthält. Aus der Vergründung der Vorlage sei noch hervorgehoben, dass nach der Genehmigung der Vorlage zur Entschädigung des Publikums für die Aufhebung des Privatposten, die — wenigstens als Regel — im Zusammenhang mit der erwähnten Ausdehnung des Postregals erfolgen soll, die Gebühren für die offenen Ortsendungen innerhalb des Reichspostgebietes wie folgt herabgesetzt werden:

a) für Postkarten	von 5 Pfg. auf 2 Pfg.
b) für Drucksachen	bis 50 Gr.
	über 50
	100
	250
	500
c) Waarenproben	bis 250 Pfg.
	über 250

Zum Fall Arons. Zu ihren Mittheilungen über die neueste Wendung im Falle Arons bringt die „Frankfurter Zeitung“ noch folgenden Nachtrag: Als das Privatpostamt unter dem 17. Juni v. J. publiziert wurde, stand im Kultusministerium die Absicht fest, gegen Dr. Arons wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei das Disciplinarverfahren zu eröffnen. Nur sollte für die Bekundung dieser Zugehörigkeit eine greifbare Thatstache abgewartet werden. Diese Thatstache war da, als im September im Verlage des „Vorwärts“ eine Broschüre erschien, die auf dem Titelblatt die Worte trug: „Im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei.“ In der That wurde damals die Einleitung eines Disciplinarverfahrens erwogen. Es wurde aber bedenklich gefunden, die Anklage so ausschließlich und in aller Nachtheit auf die bloße Bekundung der Parteizugehörigkeit zu gründen, während der Inhalt der Broschüre als streng sachlich hätte anerkannt werden müssen: es war nichts als eine Übersicht über die gesetzlichen Bestimmungen, die bei der Landtagswahl zu beobachten sind. Auf den fast belustigenden Einwand, „diese Broschüre hätte ja jeder von nun eben so schreiben können!“ entschlossen sich die Weisen des Kultusministeriums, von einer Verfolgung abzusehen, und der aus Palästina heimgekehrte Minister Bosse selbst sprach sich dafür aus, nach eigenem Vaterland zu kehren. Man will nun die schriftlichen und mündlichen Ausführungen des Herrn Arons sammeln, bis man einmal eine findet, aus der man ihm einen Strick drehen kann.

Die Interpellation des Grafen Ranitz über den Stand der handelspolitischen Verhandlungen mit Nordamerika kann nur bezeichnen, die sich vorwiegend auf Verhandlungen zu stören, um wonmöglich einen Weltkrieg mit der von den Agrariern angestrebten Absperrung der Befuhr von Lebensmitteln aus Amerika herbeizuführen. Die Interpellation ist nicht nur von den beiden nationalliberalen Hauptgratriern Fehrn. H. E. zu Herrnheim und Graf Orla, sondern auch von dem Abg. Bassermann unterzeichnet. Die „Nationallib. Korresp.“ bemerkt dazu beschönigend: Der Anteil an der Interpellation von nationalliberaler Seite

Ausschluss nachster Klassejustiz betrachtet, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Auch die anständige Bürgerliche Presse ist über die exorbitante Strafe erschrocken; als Beweis führen wir oben die „Fr. Blg.“ an. Sogar der „Kreuzzeitung“, dem Blatte des seligen Hammerstein, erscheint — wer hätte das erwartet? — der Richterspruch „allerdings sehr drakonisch“. Nur die Schriftsteller und Künstler sind sich ihrer Kritik zu unterbreiten, und schon daraus ergiebt sich, dass bieses Urteil vor der öffentlichen Kritik eben nicht bestehen kann. Im Gegensatz zu diesem Urteil verweist dann die „Frankl. Blg.“ auf das bekannte milde Urteil des Dresdener Schwurgerichts, wonach ein Guisbesitzer, der seinen Knecht im Streite um den verdienten Lohn mit der Peitsche so in den Kopf schlägt, dass er an den Folgen der erhaltenen Verletzungen verstirbt, mit zwei Jahren Gefängnis davon kam, und schliesslich ihre Ausführungen wie folgt:

Hier der Guisbesitzer, ein Todtshag und basirte zwei Jahre Gefängnis, dort Arbeiter, etwa Wunden und basirte bis zu zehn Jahren Knasthaus. Ist das gleiches Recht? Spielen da nicht jene Imponderabilien mit, die dazu verleiten, der Offizie Justitia die Winke vor den Augen an loszern, damit sie sieht, wen sie vor sich hat? Nicht nur die Arbeiter, auch die bürgerlichen Kreise, die vornehmstfrei die Sache betrachten, werden Missfall empfinden mit jenen harten Verstrafen. Denn es wäre nicht so gekommen, wenn man es besser verstanden, sich von den unbehüten Neigungen frei zu halten, die auf den Gegebenheiten der Bevölkerungsklassen, auf der Vorliebe für „Arbeitswillige“ und dergleichen beruhen. Über es wird bedenklich. Geht es so weiter, dann wird man bald dort sein, wo man einst war, bei den „Twonations“ (zwei Nationen) Israelis, die nichts mehr mit einander gemein haben und sich nicht mehr verstehen, obwohl sie eine Sprache sprechen und eigentlich doch ein Volk sind.

Dass unsere Parteipresse einmütig das Urteil als Ausschluss nachster Klassejustiz betrachtet, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Auch die anständige Bürgerliche Presse ist über die exorbitante Strafe erschrocken; als Beweis führen wir oben die „Fr. Blg.“ an. Sogar der „Kreuzzeitung“, dem Blatte des seligen Hammerstein, erscheint — wer hätte das erwartet? — der Richterspruch „allerdings sehr drakonisch“. Nur die Schriftsteller und Künstler sind sich ihrer Kritik zu unterbreiten. Seelen finden sich! Den Gipfel der Gemeinhit erklimmt jedoch das Organ der Bündler. In einem Tonne, der den Stalldust und den Umgang mit Ochsen verräth, befürwortet die „Deutsche Legesatz“, die von dem ehemaligen Pastor (!) Dertel geleitet wird, den Kultus einer zugleich viehischen und raffinierten Röhre, indem das „edle“ Blatt fordert, dass man die Opfer des Dresdener Urteils statt ins Buchthaus zu sperren, in regelmässigen, nicht zu lang bemessenen Zwischenräumen . . . nachdrücklich, aber ohne ihre Gesundheit dauernd zu schädigen, prügeln sollte. Jedes Wort der Kritik wird den Eindruck dieser viehischen rohen Worte schwächen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Die Namen der Richter, die das Buchthausurteil am Freitag sprachen, sind: Landgerichtsdirektor Frommholt, Landrichter Bauril und Assessor Freiherr von Teuber. Arbeiter, merkt sie auch!

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat bekanntlich die Gültigkeit der Wahl unseres Genossen Abg. Sachse für Waldbenburg beanstandet. Sie hat daher beantragt durch eidliche Vernehmung der Mitglieder des Wahlvorstandes zu Konradsthal Beweis erheben zu lassen darüber, ob bei der am 24. Juni 1898 stattgehabten engeren Wahl im Wahlbezirk Konradsthal des Kreises Waldburg i. Schl. vorübergehend und zu welcher Zeit nur drei Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend gewesen sind und ob einer von diesen drei Mitgliedern der Beifitzer Schirmer gewesen ist; ob Schirmer zur Zeit der Wahl Bahnmeister der preussischen Eisenbahn und als solcher unmittelbarer Staatsbeamter gewesen ist.

gehe dahin, über die augenblickliche handelspolitische Sachlage thunlichst Klarung zu schaffen und auf eine befriedigende Gestaltung der Beziehungen zu Nordamerika einzutreten. Selbst der „Nationalzg.“ erkennt diese Beschönigung von sehr zweifelhaftem Werth; denn sie bemerkt dazu, es bleibe abzuwarten; ob die Verhöhnigung der Herren Graf Ronitz und Gewossen sich in denartigen Grenzen wird halten lassen.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. Veränderungen der Zivilprozeßordnung und der Strafprozeßordnung sowie die Verstrafung falscher, unechter Aussagen zugegangen. Es handelt sich um die Eisezung des Vorwedes der Bezeugen durch den Nachdruck sowie um die Ermächtigung, Sachverständige vor oder nach ihrer Aussage zu befragen. Bezeichnend für die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Verfahrens in einigen Punkten abgeändert und endlich folgende neue Bestimmung eingeführt werden: „Wer von einer zur eidlichen Vernehmung von Bezeugen und Sachverständigen zuständigen Behörde als Bezeug oder Sachverständigen unbedingt vernommen wird und als solcher wissenschaftlich aussagt, obwohl er von der Behörde auf die Strafbarkeit falscher urteilterlicher Aussagen hingewiesen worden ist, wird mit Gefangen bis zu sechs Monaten bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 1000 M. erlassen werden kann. Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist ausschließlich auf die Geldstrafe zu erkennen. Wideruft der Thäter die falsche Aussage, so bleibt er strafflos, sofern nicht gegen ihn eine Anzeige erstattet oder eine Untersuchung eingeleitet ist und sofern der Widerruf rechtzeitig erfolgt, daß er in dem Verfahren, in welchem die Vernehmung stattgefunden hat, noch geltend gemacht werden kann und daß auch die Folgen der falschen Aussage sich noch beseitigen lassen.“

Politik in Kriegervereinen zu treiben, scheidet offen eine Flugschrift auf, welche der Vorsitzende des preußischen Landeskriegerverbandes, General v. Spitz unter dem Titel: „Kriegervereine und Sozialdemokratie, ein Mahnwort an die gebildeten Stände, von Prof. Dr. A. Westphal, Hauptmann der Landwehrinfanterie“ versendet. Der Verfasser beschwert sich darüber, daß die „Herren Gutsbesitzer auf dem Lande“ sich schändend gegen die Kriegervereine verhalten: „Sie wollen nicht Mitglieder eines Vereins sein, denn ihre Rechte untergehn . . .“ und schildert, daß sich in den Vereinen vielfach „Aenherlichkeiten herausgebildet haben, die auf Gebilde nicht einladend wirken.“ Die Flugschrift verlangt dann, daß in den Kriegervereinen Vorträge über die Sozialpolitik, über die Sicherungsgesetzgebung und ähnliche Gegenstände gehalten und die Lehren der Sozialdemokratie innerhalb des Vereins bekämpft werden. Wenn das geschieht, und nach Ausweis der Schrift ist es schon vielfach geschehen, so ist die Frage berechtigt, wie fortan die Verbände und Ausschüsse der Kriegervereine mit preußischen Vereinsgesetzen vereinbar sind. Noch immer besteht das Verbot der Verbindung zwischen politischen Vereinen. Nach der Flugschrift, die der General von Spitz versendet, müssen fortan die Kriegervereine als politische Vereine betrachtet und behandelt werden. Sie dürfen also nicht mit einander in Verbindung treten. Oder ist etwa, fragt die „Voss. Blg.“ in Hinblick auf die Bedürfnisse der Kriegervereine, möglich die Erfüllung der Forderung des Fürsten Hohenlohe in Sicht?

kleine politische Nachrichten. Zu den ehemaligen Ausgaben des Staats der Militärverwaltung für 1899 hat die Budgetkommission des Reichstages Streitigkeiten von insgesamt 732 050 M. vorgenommen. Auf das preußische u. s. w. Kontingent entfallen von der gestrichenen Summe 381 050 M., auf das sächsische 214 000 M. und auf das württembergische 130 070 M. — Für die Schlagschärferei der Zahnmeister und Militärärzte ist von konserватiver Seite ein Auftrag zum Militäretat eingebracht worden. — Die Thiere, die — nach der Meinung des Kaisers — an der Wurzel der deutschen Eiche ragen — bemüht sich die „Konservative Korrespondenz“ ins Wechselseitige zu überzeugen, auf daß man unter ihnen ja nicht den Jäger verstehen möge. Die Korrespondenz interpretiert also das zoologische Gleiche dahin, daß die Sozialdemokraten die Thiere sind. Wir quittieren dem offiziellen Organ der konservativen Partei darunter diese Ausführung. — Batterialose Gesellen, Rotte, Thiere — wenn wir durch Deutungen vernichtet werden sollten, so würde es die Rengier sein, zu der wir sterben, wie Rengier: Welche Steigerungen der Ausdrucksbedeutungen wir noch erfahren werden. — Vom deutschen Salzberg. Die einen Ring bilden sechs norddeutsche Salzwerke, das königlich preußische, das herzoglich anhaltische und das Privatsalzwerk Ludwig II. in Stuttgart, das herzogliche Salzwerk und die deutschen Salzwerke in Bensberg, sowie die Steinsalzbaugesellschaft in Noworazlaw erhöhten der „Breslauer Blg.“ zufolge die Preise für gewerbliches denatriertes Salz um zwanzig Prozent. Jedem Salzwerk ist ausschließliches Abzugsgebiet zugewiesen, beispielsweise Schlesien an Noworazlaw. — Müller schreibt. In nächster Zeit wird dem Bundesstaat eine Verordnung betreffend die Regelung der Arbeitszeit im Mälzer- und Gewerbe zugehen. Wie offiziell geschrieben wird, will man nicht den in der Bäckerei-Verordnung eingeschlagenen Weg gehen, sondern sich auf die Festsetzung von Maximalkreuzen beschränken. Dies wäre das nicht, aber immerhin doch wenigstens ein Anfang! — Eine Interpellation bezüglich der Auswirkungen aus Nordschleswig wird noch im Laufe dieser Woche dem Reichstag zugehen. Die Interpellation sollte schon früher eingebracht werden, allein die Extraktion des Abgeordneten für Nordschleswig, Johannsen, der sich jetzt wieder ziemlich erholt hat, verursachte einen Aufschub. — Der Gesetzentwurf über ein Telegraphen-Gesetz ist soweit fertig gestellt, daß er in den nächsten Tagen an den Bundesrat geht. Sein Inkrafttreten ist für Anfang nächsten Jahres in Aussicht genommen. — Eine Biehsperrenkarte. Im Reichsgezundheitsamt ist eine karto graphische Darstellung der in Bezug auf die Bieh einfluß bestehenden Verkehrsbeschränkung sowohl für Deutschland wie für die Nachbarländer hergestellt; es ergibt sich hieraus ein klares Bild der in Mitteleuropa bestehenden Biehsperr. Würde es nicht bedeutend besser gewesen sein, die Stellen kartographisch darzustellen, wo noch keine Sperrn bestehen? Die Karte würde entschieden übersichtlicher geworden sein.

Die Wirtschaftliche Vereinigung der Agrarier des Reichstags ist Dienstag Abend zusammengetreten und bat sich konstituiert. In den Vorstand wurden delegiert: Von der Konservativen Stellvertreter v. Freytag, von der Reichspartei v. Radowitz (Stellvertreter Hanf), von der Nationalpartei Graf Otello (Stellvertreter Dr. Baasche), von den Antillenlinen v. Liebermann (Stellvertreter Fülinger), vom Bund der Landwirthe v. Haugenthaler (Stellvertreter Dr. Mühlé) — Zu Vorsitzenden wurden Metzlich und Graf Otello gewählt. — Wie here Gustav von Landauer dem „Vorwärts“ berichtigend mitteilt (vgl. unten gestellte Notiz an dieser Stelle), ist die Wohlthielle „Heilheit“ an keine Gedächtniss, sondern an seine eigene gekommen und von der Panlower Behörde, bevor sie an ihn, Landauer, gelangte, der Staatskanzlei übergeben worden. — Die willkriegerische Konservativenpartei will den Verfassungsreformen und das Stenografiegesetz als eigene Aufträge der Partei im Landtag nochmals einbringen. Falls für die Verfassungskommission eine Zweidrittelmajörität nicht zu erzielen ist, will die Konservativen eine Erneuerung der ersten Kammer anstreben, und zwar durch eine Verstärkung aus den Kreisen des Gewerbes und der Landwirtschaft. Neben dem Verhalten zum Oberbürgermeister will die Partei sich später natürlich machen. Nach der Eröffnung des Ministerpräsidenten Reichers zu Wittenberg erscheint es ausgeschlossen, daß die Regierung fest steht auf einer Erneuerung des gesamten Spiels sich einzulassen. — Nach Melbung der „Voss. Blg.“ aus Athen sollen zwischen dem Bruder Georg und General Chermida in mehreren Fragen starke Meinungsverschiedenheiten bestehen, welche die Verfestigung normaler Zustände in Konstantinopel verzögern. Andrerseits könnte über die Durchführung der Mohammedaner noch etwa 35000 nach ihren früheren Wohnsätzen zwischen dem Oberkommissar und dem englischen General keine Einigung erreicht werden. Als am Ende der Nachriden aus Athen hinzukommen bringen die „Peterburgsche Nachrichten“ Melbust, über die englische Armee in Syrien unmittelbar, habe ein Armeecorps zu die Kreuze Galabets vorbereitet. In Athemien erwarte man erneute Ereignisse, da der Regen auf Galabat schwierig verhindern werde. — Agamalio sollte Niemala in einer Proklamation den Krieg auf sämtlichen Fronten! Nun kann der Krieg von Niemala in seiner ganzen Kürte entbrechen! Und die erobertungsstarken Janiter haben Säbel daran!

Belgien

Unsere belgischen Gewissen führen den Kampf ums Wahlrecht mit viel Brüderlichkeit und Energie. Sie haben den Spiegel umgedreht und die Forderung des allgemeinen ungleichen Wahlrechts in den Vordergrund gesetzt. Am Sonntag haben in vielen Städten Protestveranstaltungen stattgefunden, die in ungemeinlicher Weise ihre Zustimmung über die Pläne Leopold's ausgedrückt haben. In Antwerpen waren die Delegierten der Sozialisten, Progressiven und Christlich-Sozialen versammelt. Nachdem zahlreiche Führer das Wort ergriffen und die proportionale Vertretung als einzige Lösung der Wahlfrage erklärt hatten, wurde ein in diesem Sinne verfaßte Resolution angenommen und man gab sich gegenseitig das Versprechen, nicht eher ruhen zu wollen, als bis von der Regierung Genugthuung gegeben werde. Es wird sich zeigen, wer stärker ist, das Volk oder der vom Palast erhaltene König.

Frankreich.

Die Kammer wagt sich nicht recht an den Gesetzentwurf, die Änderung des Revisionsvorfahrens heran. Sie nahm gestern nur Kenntnis von der Vorlage und vertagte dann die Beratung auf Freitag. In Deputiertenkreisen ist man der Ansicht, daß sich schließlich die Kammer doch zu Gunsten der Regierung aussprechen und daß eine Sitzung genügen werde, um die Angelegenheit zu erledigen. Man will nämlich möglichst eine Ministerkrise vermeiden.

Clementeau stellt in der „Aurore“ folgende zwei Fragen: 1) Ob es wahr sei, daß Cavagnac, der frühere Kriegsminister, dem Abgeordneten Mave erklärt habe, die Dreyfusaffäre nehme nicht eher ein Ende, als bis alle Mitglieder der Kriminalkammer und alle Dreyfusfreundlichen Journalisten im Gefängnis sitzen würden; ob es wahr sei, daß während der Anwesenheit Esterhazy's in Paris dessen Anwalt von dem Ministerpräsidenten Dupuy empfangen worden sei, daß dieser damals als Zwischenhändler zwischen Esterhazy und der Regierung gedient habe, und daß Dupuy von Esterhazy Stillschweigen erwirkte, damit dieser keine für den Generalstab gefährliche Enthüllung mache.

Der angebliche Spion Boissou, als dessen Name von der Regierung früher absichtlich Betrand angegeben worden war, hat, der „Voss. Blg.“ zufolge, nichts ausgeliefert, sondern nur wertloses Zeug, darunter Gewehrpatronen, angeboten, jedoch bei den betreffenden fremden Regierungssagenten keine Gegenliebe gefunden.

Italien.

Die Anvestie der von den Kriegsgerichten Verurteilten ist vorläufig vertagt. Die Berichte der Petitionskommission sind der Regierung selber zu lesen und damit natürlich begraben. Das wenigstens ist der Wille der Realität; aber der Kampf um das Recht wird von Neuem aufgenommen werden, die sozialdemokratische Partei eröffnet ihn bereits wieder und nicht eher wird man ruhen, bis die Opfer der Klassenjustiz ihren Peinigern entrissen sein werden. Ein spätere Meldung besagt, daß Umberto aus Anlaß des in Rom stattfindenden Journalisten-Kongresses alle wegen Pressevergehen verurteilten Personen begnadigt werden. Damit würde dem Willen des Volkes nur wenig Rechnung getragen werden.

Rußland.

Die russische Hungersnoth greift schonungslos um sich. Die Getreidepreise, besonders in den den Hungergouvernementen nahe liegenden Gebieten, steigen rapid. Die Erlassung eines Getreideausfuhrverbots ist gegen den Frühling nicht unwahrscheinlich; das würde auch für Deutschland eine Erhöhung der Getreidepreise nach sich ziehen.

Philippinen.

Der Sieg bei Manila hat die Amerikaner mit großer Zuversicht erfüllt. Einer Depesche des „New York Herald“

auf Washington folge erhielt General Otis den Befehl, den Aufständischen auf den Philippinen die Unterwerfung zu machen, daß der spanisch-amerikanische Friedensvertrag ratsam ist worden sei, ferner seine Operationen fortzuführen und die Erhebung gegen die amerikanische Oberherrschaft niedergzuwerfen. Nach einer weiteren Meldung derselben Blätter gingen von Manila nach Ilo-Ilo Instrumenten an den General Miller ab, nach welchen dieser sofort mit oder ohne Zustimmung der Eingeborenen Ilo-Ilo besetzen soll.

Wenn der Guerillakampf beginnen sollte, werden diese stolzen Vorsätze eine starke Verluststimmung erfahren.

Geben und Nachbargebiete.

9. Februar.

Der Bürgerausschuß hatte gestern Sitzung und erledigte eine Reihe Senatsvorlagen, auf die wir morgen zu sprechen kommen. Die Vorlage betr. Fahrradsteuer wurde wegen einstretender Befreiungsfähigkeit vertagt.

Die 9/10-stündige Arbeitszeit ist für die Drechsler jetzt auch von der Firma F. Demuth u. Co. bewilligt worden, ebenso der Normallohn von 36 Pfpg. und 25 vP. Aufschlag für Überstunden, sobald dieselben länger als 2 Tage anhalten. Damit ist durch den Einfluß einer Zahl um ihre Fortbewegungen lämpfenden, opferwilligen Organisation auch der lezte Widerstand gegen das Kampfobjekt des Möbeltischlerstreiks von 1897, der nach blutigsten Preishandlungen „verloren“ war, überwunden.

Klappe zu! In der vorigen Woche wurden sechsstädtig 3 Minde eingeführt — vom Lande.

Die Heringseinfuhr betrug in der vorigen Woche 11 600 Kisten und 160 Tonnen.

i. Der hiesige Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde (arzneilose Heilweise) hat gleich dem 1. Lübecker Schwimmverein eine Eingabe an den Senat gerichtet, worin um Errichtung einer Flussbadeanstalt an Stelle der abgebrochenen Härtenschen Badeanstalt in der Außen-Wakenitz gebeten wird, der Art, daß dieselbe mit Beginn der diesjährigen Badesaison in Gebrauch genommen werden kann. Falls diesem Ansuchen nicht entsprochen werden sollte, würden hier in Lübeck im Badewezen durchaus unhaltbare Zustände eintreten, wie solche in Städten von ähnlicher Größe und gleich günstigen Wasserhälften kaum anzutreffen sein dürften. — Im allgemeinen öffentlichen Gesundheitsinteresse müssen auch wir es für durchaus notwendig erachten, daß halbmöglichst mehr ausreichende Flussbade- und Schwimmgälegenheit geschaffen wird. Die eingegangenen Flussbadeanstalten sind sämtlich dem Kanalbau, mithin dem öffentlichen und Staats-Interesse zum Opfer gefallen. Der Staat ist daher auch verpflichtet, für genügenden Erfah zu sorgen. Die hohen Aufwendungen aus Staatsmitteln für das Seebad Travemünde kommen vorwiegend nur einem kleinen, besser gestellten Theile der hiesigen Bevölkerung zu Gute. Dem gegenüber hegen wir die bestimmte Erwartung, daß auch dem im allgemeinen Gesundheitsinteresse dringenden Badebedürfnis der minder bemittelten, überwiegenden Mehrzahl der hiesigen Steuerzahler, Rechnung getragen wird.

Genossenschaftsregister. Am 7. Februar 1899 ist eingetragen: auf Blatt 55 bei der Firma: „Lübecker Eis-Genossenschaft e. G. m. b. H.“ J. H. Dräger ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied J. F. Baasch und F. C. W. Braune, beide zu Lübeck, sind zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt. Die Generalversammlung hat am 6. Januar 1899 eine Änderung der §§ 15 Abs. 1 und 16 Abs. 1 der Statuten beschlossen.

Schiffverkehr im Hafen. In der vorigen Woche sind eingelaufen 25 Dampfer, 4 Segler, ausgegangen sind 22 Dampfer, 7 Segler, davon 6 Dampfer, 1 Segler leer oder in Ballast.

Zu einem Jahre Gefängnis wurde vom Landgericht Kiel der in Lübeck in Korrektionshaft befindliche Schmied Bruno verurtheilt wegen Logisdiebstahls.

Eatin. Der Oldenburger Landtag ist vom Großherzog auf den 28. Februar d. J. außerordentlich berufen. Die Verhandlungen des Landtags werden im Landtagssgebäude stattfinden und an dem gegebenen Tage Vormittags 11 Uhr beginnen. Die Dauer derselben sind auf drei Wochen bis zum 21. März einschließlich bestimmt. Außer dem Gesetzentwurf einer neuen Gesindeordnung für das Großherzogthum Oldenburg werden infolge des am 1. Januar 1900 in Kraft tretenden Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Landtag noch folgende Gesetzentwürfe zur Genehmigung vorgelegt werden: 1. betreffend die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, 2. die freiwillige Gerichtsbarkeit, 3. das Handelsgesetzbuch, 4. die Civil-, Konkurs- und Grundbuchordnung, 5. das Grunderbrecht und 6. ein Gesetzentwurf betreffend Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Ferner werden dem Landtag noch zugehen zwei Gesetzentwürfe für das Fürstenthum Lübeck betr. Ertüchtigungsgesetz und Änderung des Gesetzes über das Unterrichts- und Erziehungs Wesen.

Nehus. In Haft genommen wurde der Produttenschneider Scheffler wegen Verdachtes der Brandstiftung.

Hamburg. Am 1. Februar 1899 wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 10054 mit 10 000 M. Nr. 8183 mit 5000 M. Nr. 39158 mit 3000 M. Nr. 84807 mit 2000 M. Nr. 31523 61351 97268 mit je 400 M. Nr. 6289 7216 38685 42209 50005 91475 115910 mit je 300 M. Nr. 1944 10882 39040 41858 44092 64071 76763 79844 79923 82675 99160 mit je 200 M. (Ohne Gewähr.)

Glenzburg. Unter dem Buchthausurk. Die hiesige Strafkammer verurtheilte am 3. Februar den 28jährigen Deblen zu sechs Wochen wegen Begehung groben Unfugs und zu einem Monat Gefängnis wegen Beamtenbeduldigung. D. hatte einige „Arbeitswillige“ auf dem Bahnhofe empfangen und war mit dem Trupp ein Stück Wege gegangen. Hierbei kam es zu Differenzen mit dem Beamten und soll d. diesem dabei die Bezeichnung „Bauer“ zugeschrieben haben.

Bremen. Einzig unter ihren Kollegen steht die hiesige Polizeiverwaltung da. Unser Verteilblatt brachte vor einigen Tagen einen Artikel, der sich mit der Behandlung zweier unschuldig wegen Verdachts des Einbruchs verhafteter Hafenarbeiter durch einen Schuhmann beschäftigte. Darauf erhielt die Redaktion am Sonnabend ein Schreiben der Polizeidirektion mit folgendem Inhalt:

Die in Veranlassung des Weltels „Schuh vor Schuhleuten“ in ihrer Zeitung vom 28. v. M. eingeleitete Untersuchung hat leider ergeben, daß der fragliche Schuhmann die beiden festgenommenen Personen nicht nur im Tode seiner Neuerungen unabsichtlich scharr behandelt, sondern auch der bestehenden Anweisung zwider ohne dahingehende Anordnung eines Befestigten aneinander geschlossen vom Statthalter zum Untersuchungsgefängnis geführt hat.

Dem Schuhmann ist ein Verweis ertheilt. Sonst ist es ein wesentliches Kennzeichen der heutischen Freiheit, den Redakteur zu verklagen und zu bestrafen, der die Polizeiangehörigkeit aufweist.

Schwerin. Strafe als Besserungsmittel. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den 18jährigen Schulknaben Kirpiniski aus Bismar zu 1 Jahr Gefängnis, einen 12½-jährigen Komplizen zu 8 Tagen, wegen mehrerer gemeinschaftlich verübter Diebstähle. Wie sehr Strafen bessern würden, beweist der Umstand, daß K. schon viermal wegen Diebstahls und auch wegen anderer Vergehen vorbestraft ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt d. Redakteur dem Publikum gegenüber zur Haft keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksblatt inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu vertrauen.

Heute Morgen 2½ Uhr entschlief sonst nach langem schweren Leiden meine liebe Frau

Maria Rullmann

geb. Dethow
im 31. Lebensjahr.
Liebsteck von mir und allen Verwandten.
Lübeck, den 9. Februar 1899.

Heinrich Rullmann.

Die Beerdigung findet am Montag den 11. Februar, Morgens 11½ Uhr, von der Kirchhofskapelle aus statt.
Beginn der Trauerfeier 11¾ Uhr

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten
Schulenstraße 51 a.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung
von 8 Zimmern, welche mit Zubehör im Pr. von 200—250 M. Angeb. n. K. an die Exped.

Ges. 1. April ein junger kräft. Knecht
von 14—15 Jahren, welcher zu Hause schlafen kann. Fr. Kaufmann, Kappenvstraße 24.

Gesucht eine ältere Frau
bei einem Kinde Emilsenstraße 1 a, 1. Et.

3 Zugänger
zu verkaufen
Arnimstraße 26.

Zu verkaufen ein Kinderwagen
fast neu, für 4 M., und ein Aquarium mit Goldfischen
Kappenvstraße 28, 1. Et.

Einzelne Kinderhosen mit und
ohne Leibchen
sehr billig. Marlesgrube 38.

Fr. Landschinken,
Landmettwurst u. Schweinstöpfe
vorrätig bei
C. L. Kildsberg, Engelsgruben 24.

Da es für Federmann nothwendig ist, mit
dem Inhalt der

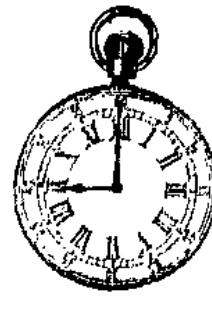
Reichsgesetze
bekannt zu sein, empfehlen wir:

Beratung d. Deutschen Reiches 0,30 M.
Strafprozeßordnung nebst Ge-
richtsverfassungsgesetz 1,60 „
Civillprozeßordnung mit Gerichts-
verfassungsgesetz, Einführungsgesetz,
Rebengezeten und Ergänzungen 2,50 „
Gesetz betr. die Gewerbegeg. 0,50 „
Unfallversicherungsgesetz 2 „
Krankenkassengesetz 1,20 „
Gewerbeordnung 2,00 „
Reichsgesetz betr. Abzahlungs-
Geschäfte 1 „

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Prima Werke



Größtes Lager in Regulateuren

in besonders schöner und eleganter Ausstattung,
passend als Hochzeits-Geschenke.

Regulateuren mit Schlagwerk von 8 M. an.

Regulateuren, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, von 16 M. an.

Freischwinger, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, von 24 M. an.

Standuhren, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, von 18 M. an.

Stand- und Weckuhren von 2,50 M. an.

Aug. Büttner, Uhrmacher,
32 Hüxstraße 32.

Messer, Scheeren, Waffen

Bei der In-
ventur zu-
rückgelieferte
welche im Schaufenster etwas angekauft sind, sollen, um die Kosten der Aufarbeitung zu ersparen,
zuerst billig verkauft werden.

32. Holstenstraße Heinr. Oldorf 32.
Reparaturwerkstatt für Stahlwaren, Waffen und Fahrräder.

Wir empfehlen allen Genossen das Abonnement auf die ausgezeichnete illustrierte Wochenschrift

„In freien Stunden“

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

wovon soeben der 3. Jahrgang begonnen hat.

Jede Woche erscheint ein Heft à 10 Pf.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Bestellungen nehmen unsere Colporteur sowie Zeitungsaussträgerinnen entgegen.

Brauerei Paulshöhe

vorm. A. Spitta
zu Ostorf bei Schwerin i. M.

empfiehlt ihre
aus feinstem Hopfen und Malz gebrannten Lager-
und Pilsener Biere.

Gesl. Aufträge wolle man richten an unseren Vertreter:

Herrn Martin Müller, Lübeck.

Der Ball

der Arbeiter und Arbeiterinnen der Hanseatischen Fisch-
Industrie, A.-G., vorm. J. H. Schumacher

findet am

Freitag den 10. März 1899

in den sämtlichen Räumen des „Coloseums“ statt.

Hierzu lädt ergebenst ein Der Vergnügungs-Ausschuß.

Quittung.

für die Dresdener Oper des Buchthausurkates

gingen ein:

Vom Stannmisch M. 2.

Von einem Staatsbeamten 1.

6 M.

M. 2.

1.

6.

Die Expedition.

Weitere Beiträge nimmt entgegen die Expedition d. „Lüb-

Volksb.“, Johannisstraße 50.

Streitpunkt-Wiekmare

Lübeck, 8 Februar

Der Sonnenwind vertiegt gut.

Angefüllt wurden 300 Stoff. Preise: Verlandshörnchen, schwer:

51—52 M. leicht 42—43 M., Sänen 46—49 M. und Kerle:

51—52 M. pr. 100 Stoff.

Tee-Berichte.

D. „Regin“, Kap. Edmon, ist am 7. Februar in Gangd ange-

kommen

D. „Asia“, Kap. Schwartz, ist am 8. Februar von Entmerich berg-

warts getrieben.

D. „Vore“, Kap. Niemann, ist am 7. Februar in Stodholme

angekommen

D. „Zar“, Kap. Ellers, ist am 7. Februar vormittags in Graa

angekommen

D. „Mathilde Jahr“, Kap. G. Schmidt, ist am 8. Februar in

Trelleborg angelangt.

Stadttheater. Auf das morgen, Freitag, stattfindende Venetia

des Petrus Kapellmeisters Ohnesorg, „Tannhäuser“, von Richard Wagner, machen wir nochmals ganz besonders aufmerksam.

Zu kleinen Preisen findet Sonnabend eine einmalige Aufführung von Schiller's „Räuber“ statt. Sonntag Nachmittag geht noch-

mals das so beliebte Lustspiel „München-Saas-Gäste“ in

Szene. Abends zum ersten Male „Wabone-Lorribello“.

Empfehlte zu Habrikreissen:
reinwollene Cheviots,
Buckskins und Loden
in ca. 100 verschiedenen Mustern.
Große Auswahl in
Wollgarn, Wollwaren und
Normal-Unterzeug.
H. Bössel, nur Hürstraße 37.

Folker's Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

empfiehlt
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Wollwaren, vom einfachsten bis zum
elegantsien, zu billigen Preisen.

Einen großen Posten
Kinder-Knopt- und Schür-Schuhe
für einen Spottpreis Marlesgrube 38.

Männer- u. Frauen-Sterbefäße
„Amicitia“.

General-Versammlung
am Sonnabend den 11. Februar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tag 8 - D. e. n. n. g.:
1. Abrechnung vom Jahre 1898.
2. Statutenänderung.

Der Vorstand.

Einladung zum

• BALL •

der Schiffbauer-Kräiken-Häse
am Montag den 13. Februar 1899
im Lokale des Herrn Dürkop,
Central-Hallen.

Aufgang 8 Uhr Abends. Ende 4 Uhr Morgens.

Entree 1 M.

Der Vorstand.

Circus Variété

Große Karnevals-Vorstellung.
Mab. Wellon's dressierte Seehunde.
Überblick in Klaushaus und sämtliche
großartige Spezialitäten.

Der größte Erfolg der Saison.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 10. Februar.

Venetia für Herren Kapellmeister Ohnesorg.

Tannhäuser.

Große romantische Oper in 3 Akten v. R. Wagner.

Sonnabend den 11. Februar:

Böttchermühle-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Die Räuber.

Traverspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Berantwortlicher Redakteur: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 35.

Freitag, den 10. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Soziales und Partei-Leben.

120 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. In der Zigarettenfabrik von Wardenwerper u. Elling in Braunschweig sollte am Sonnabend Abend bei der Lohnzulung den 52 Wickelmacherinnen ein Abzug von 15 Pfennig pro Tausend Wickel von dem schon jetzt so täglichen Lohn gemacht werden. Als sie erklärt, den Abzug sich nicht gefallen lassen zu können, erhielt das gesamte Personal seine Papiere ausgehändigt.

Die Bergarbeiter des Zwicker Bezirks hatten von ihren an die Werkverwaltungen gestellten Forderungen auch das königlich sächsische Bergamt verständigt. Dieses hat dem Vertrauensmann der Bergarbeiter jetzt geantwortet, daß mit den Werkverwaltungen über die Dauer der Wechselschichten und die Einführung der Mannschaftsbäder Erörterungen, und zwar „mit gutem Erfolg“ eingeleitet seien. Außer Beschämung der Überhaupten und allgemeiner Einführung der Mannschaftsbäder verlangen die Bergarbeiter noch eine allgemeine Lohnzähmung und die Einführung der Achtstundenarbeitszeit. Daraus scheinen die Werke nicht eingehen zu wollen.

Grimmischau. Die Geschäftslage in der Weberei ist um hiesigen Orte die denkbar schlechteste. Seit dem 1. Januar sind nicht weniger als 60 000 Spindeln zum Stillstand gelangt.

Zentral-Arbeitsnachweis. Auf Anregung des Regierungspräsidenten in Riga soll für den Stadt- und Landkreis Gröbzig ein Zentral-Arbeitsnachweis errichtet werden. In einer Versammlung wurde eine sechsgliedrige Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern für den Stadt- und drei für den Landkreis, gewählt, um die erforderlichen Vorarbeiten zu leisten.

Vormen. Eine Versammlung von 22 Sammlerfirmen beschloß „einstimmig“, keine der bei der Firma Lucas u. Vorsteher streitenden Arbeiter während der Dauer des Ausstandes zu beschäftigen. Ein Ausschuß wurde beauftragt, weitere geeignete Schritte zu thun. Haben die patriotischen Unternehmer das Kaiserwort vergessen: Schwere Strafe demjenigen . . . u. s. w.?

In Dänemark ist ein Buch in der ersten Ausgabe gebrochen, der wahrscheinlich das ganze Land umfassen wird. Etwa 1000 bis 1200 Arbeiter werden an dem Streik beteiligt sein. Zugang ist zu vermeiden.

Ein Streik der Droschkenfahrer ist in Bonn ausgebrochen, da die Polizei nicht mehr gestatten will, daß die leeren Droschken sich auf dem belebten Strand aufzuhalten.

Wenn zwei dasselbe thun . . . Professor Lujo Brentano hatte in seinem bekannten, in Berlin gehaltenen Vortrage am 26. Januar darauf hingewiesen, daß den Arbeitgebern jederzeit Mittel und Wege zur Verfügung stehen, um sich über Maßregeln Arbeitern gegenüber zu verständigen, während die Bestrebungen der Arbeiter, ihr Koalitionsrecht zu wahren, leicht und vielfach als „grober Unzug“ bestraft werden. Einen geradezu klassischen Beweis liefert folgendes Formular, welches die Organisation der Töpfermeister in Nürnberg benutzt:

Bespruch über

den Wascherzihnen. Bespruch über
unterzeichnet hiermit, daß oben angeführter Ge-

habe als bei mir in Arbeit bis heutigen stand.

Derselbe wurde wegen entlassen und ist ein Seher, oder als was er beschäftigt war.

1. Blaumacher	{	ausgestrichen muß werden, was nicht ber. Fall ist.)
2. Peiner		
3. Kreidet		
4. Brauchbarer		
5. Fleißiger		

so daß ich ihn kann.

Münster, den 189 . . . kann.

Wasnermeister oder Ofenfabrikant.

NB: Zeugnisse können jeden ersten Mittwoch im Monat eingeliefert werden.

Wer von den eingesessenen Gehilfen sein Bequeth an den Vorstand innerhalb 14 Tagen sendet, wird nach § 18 der Statuten bestraft. Gleichzeitig ist beim Einsellen des Gehilfen eine Karte (nur für die alte Grenze von Nürnberg gültig, mit Olbersheimer) anzufüllen und dem Vorstand zu senden, damit, wenn ein Gehilfe sein Arbeitsverhältnis nicht richtig löst, er bei selbigem (?) Meister wieder entlassen werden muß. Die Aussöderung geschieht durch die Vorstandsschaft des Vereins.

Sämtliche Zeugnisse sind an den Vorstand zu senden.

Gegenüber einem solchen Urkundenbriefe, durch den er mit einem Schlage in Verzug erklärt werden kann, steht der Arbeiter vollständig machtlos da.

Todtentliste der Partei. In Dayton (Ohio) ist dieser Tage Genosse W. Watkins gestorben. Derselbe war Professor der Philologie an der dortigen Hochschule und hat sich schon seit länger als einem Jahrzehnt an den diversen Reformbewegungen (dem Bellamy'schen Nationalismus u. c.) betheiligt, wie wohl die meisten der jüngsten hervorragenden anglo-amerikanischen Genossen, und war 1893 unserer Partei beigetreten, auf deren Boden er sich rüchholtlos stellte. In der letzten Wahlkampagne ist er energisch thätig gewesen und das erfreuliche Resultat in jenem Staat ist zum größten Theil auf sein Konto zu setzen.

Über die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission, in der angeblich 50 Millionen für Festungsgebäude bewilligt sein sollen, nachdem die Militärverwaltung allerlei geheim zu haltende Mitteilungen gemacht habe, hatte unser Dresdener Parteiblatt verschiedene Bedenken geäußert. Darüber schreibt der „Vorwärts“:

Dazu ist zu bemerken, daß nicht 50 Millionen, sondern 10 Millionen bewilligt wurden, 40 sollen noch folgen; daß zwar verlangt wurde, die technischen Details geheim zu halten, aber nicht die allgemeinen Gründe; daß ferner auf Anregung der sozialdemokratischen Abgeordneten beschlossen wurde, schriftlich an den Reichstag Bericht zu erstatten, und endlich, daß, da die Forderung mit Angabe des Zwecks im Etat steht, auch jeder Abgeordnete die Möglichkeit hat, seine Widerrede gegen die Forderung geltend zu machen. Daß die Sozialdemokratie gegen diese Forderung stimmt und ihre Vertreter in der Kommission bereits gegen dieselbe gestimmt haben, bedarf keines Wortes.

Genosse Wilhelm Schmidt, Reichstagsabgeordneter von Frankfurt a. M., lehrte am Sonnabend nach dreimonatiger Gefängnisstrafe in die Freiheit zurück. Die Behandlung, die ihm zu Theil wurde, soll besser gewesen sein, als sonst üblich ist.

Greiz. Wie die „Neißische Volkszeitung“ mittheilt, sind die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Geschäftsbücher ihres Verlags bereits wieder zurückgegeben worden. Die Schenderleinsche Denunziation scheint danach einen Erfolg nicht gehabt zu haben.

Zu sechs Monaten Gefängnis wurde der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse Bapay in

fällig einen und denselben Herrn lieben — Sie kennen doch das Gedicht „die Zwischenmühle“ von Heine? — Nicht? — Ein Jüngling liebt ein Mädchen, die hat einen andern erwählt, dieser aber liebt wieder eine andere, und keiner heirathet einen, sondern immer einer den andern, oder wie das Ding sonst heißt! — Nun, das müssen Sie doch zugeben, wenn man so etwas herauskriegt und dann doch nicht böse wird, da . . . da hört's eben auf! Und der Soldat sagt: Was hilft mir der Mantel, wenn er nicht gerollt ist, das heißt, was hilft mir die älteste Freundin, wenn sie mir nicht meinen Schal herausriß?

„Mein lieber Herr Musikdirektor, Sie werden mir immer unverständlicher!“ unterbrach Adriane seinen Redefluss. „Asta von Berzen läßt mir nun also sagen, daß sie . . .“

„Ich bewahre, Asta läßt leider gar nichts sagen — die liegt mit grauen Kopfschmerzen da!“ Aber Fräulein Trudi meinte, Sie hätten gute Augen, mein schönes Fräulein, und man dürfte Sie nicht so im Horn fortgehen lassen, denn Asta muß sich doch ärgern, wenn ihr Freier ihr untreu wird und . . .“

„Freier?“ fragte Adriane aufhorchend. „Bewirbt sich denn Herr v. Eckardt um Astas Hand?“

Hat sich beworben und einen Korb bekommen,“ erklärte der Professorenvater schmunzelnd. „Aber deswegen brauchte er doch nicht gleich hinzulaufen und sich in die älteste, beste Freundin der Grausamen zu verlieben — so was ärgert einen doch natürlicherweise! Und sehen Sie, die alte Freundschaft braucht ja gar kein so böses Ende zu nehmen, wenn Sie nur dem amerikanischen Herrn erlauben wollten . . .“

Die Operettensängerin, welche mit unwillig gerunzelter Stirn zugehört hatte, brach hier wieder in ein lautes Lachen aus und rief: „An Ihnen ist ein großer Diplomat verloren gegangen, Herr Musikdirektor! Ich habe nie etwas Ähnliches erlebt! Sie wollen mir also ganz zart zu verstehen geben, daß ich meinen eignen Andeter auffordern soll, doch

Geist i. L., vom dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung dreier Mittergutsbesitzer verurtheilt. Die Beleidigungen sollen in einem Artikel: „Wo zu die Grenzverre? enthalten sein, der in einer der während der letzten Wahlbewegung erschienenen Extratnummern der „Volksstimme“ erschien war. Die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen waren bis auf einen Punkt, wo eine Verweichung vorsag, als wahr erwiesen worden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Arbeiter Enzels in Kiel warf seine Frau mit einer Petroleumlampe und verschloß die Thür, als die brennende Frau sich in's Freie retten wollte. Die Frau verbrannte. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich Montag Nachmittag in Friederichshafen ereignet. Huf beim Maulwurmshaus beschäftigte Arbeiter überschritten unmittelbar hinter einem Güterzug, der von Hamburg kam, das Bahngleise, als aus anderer Richtung der Schieflaufzug von Berlin heranbrauste. Der Müller W. Heinrich, der sich gerade auf den Schienen befand, wurde ergriffen und wohl 100 Meter fortgeschleift. Sein Körper ist bis zur Unkenntlichkeit verbrümt. Die Lebigen blieben unverletzt. Als sich die Mutter eines zehn Wochen alten Kindes in Westenholz die lange Zeit aus dem Hause entfernt hatte und dann wieder kam, fand sie die Kugel auf dem Gesichtchen ihres Kindes vor und legtes leblos. Das Kind war erstarrt und alle Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Sämtliche Zeugnisse sind an den Vorstand zu senden. Gegenüber einem solchen Urkundenbriefe, durch den er mit einem Schlage in Verzug erklärt werden kann, steht der Arbeiter vollständig machtlos da.

Todtentliste der Partei. In Dayton (Ohio) ist dieser Tage Genosse W. Watkins gestorben. Derselbe war Professor der Philologie an der dortigen Hochschule und hat sich schon seit länger als einem Jahrzehnt an den diversen Reformbewegungen (dem Bellamy'schen Nationalismus u. c.) betheiligt, wie wohl die meisten der jüngsten hervorragenden anglo-amerikanischen Genossen, und war 1893 unserer Partei beigetreten, auf deren Boden er sich rüchholtlos stellte. In der letzten Wahlkampagne ist er energisch thätig gewesen und das erfreuliche Resultat in jenem Staat ist zum größten Theil auf sein Konto zu setzen.

Über die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission, in der angeblich 50 Millionen für Festungsgebäude bewilligt sein sollen, nachdem die Militärverwaltung allerlei geheim zu haltende Mitteilungen gemacht habe, hatte unser Dresdener Parteiblatt verschiedene Bedenken geäußert. Darüber schreibt der „Vorwärts“:

Dazu ist zu bemerken, daß nicht 50 Millionen, sondern 10 Millionen bewilligt wurden, 40 sollen noch folgen; daß zwar verlangt wurde, die technischen Details geheim zu halten, aber nicht die allgemeinen Gründe; daß ferner auf Anregung der sozialdemokratischen Abgeordneten beschlossen wurde, schriftlich an den Reichstag Bericht zu erstatten, und endlich, daß, da die Forderung mit Angabe des Zwecks im Etat steht, auch jeder Abgeordnete die Möglichkeit hat, seine Widerrede gegen die Forderung geltend zu machen. Daß die Sozialdemokratie gegen diese Forderung stimmt und ihre Vertreter in der Kommission bereits gegen dieselbe gestimmt haben, bedarf keines Wortes.

Genosse Wilhelm Schmidt, Reichstagsabgeordneter von Frankfurt a. M., lehrte am Sonnabend nach dreimonatiger Gefängnisstrafe in die Freiheit zurück. Die Behandlung, die ihm zu Theil wurde, soll besser gewesen sein, als sonst üblich ist.

Greiz. Wie die „Neißische Volkszeitung“ mittheilt, sind die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Geschäftsbücher ihres Verlags bereits wieder zurückgegeben worden. Die Schenderleinsche Denunziation scheint danach einen Erfolg nicht gehabt zu haben.

Zu sechs Monaten Gefängnis wurde der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse Bapay in

fällig einen und denselben Herrn lieben — Sie kennen doch das Gedicht „die Zwischenmühle“ von Heine? — Nicht? — Ein Jüngling liebt ein Mädchen, die hat einen andern erwählt, dieser aber liebt wieder eine andere, und keiner heirathet einen, sondern immer einer den andern, oder wie das Ding sonst heißt!

Nun, das müssen Sie doch zugeben, wenn man so etwas herauskriegt und dann doch nicht böse wird, da . . . da hört's eben auf! Und der Soldat sagt: Was hilft mir der Mantel, wenn er nicht gerollt ist, das heißt, was hilft mir die älteste Freundin, wenn sie mir nicht meinen Schal herausriß?

„Mein lieber Herr Musikdirektor, Sie werden mir immer unverständlicher!“ unterbrach Adriane seinen Redefluss. „Asta von Berzen läßt mir nun also sagen, daß sie . . .“

„Ich bewahre, Asta läßt leider gar nichts sagen — die liegt mit grauen Kopfschmerzen da!“ Aber Fräulein Trudi meinte, Sie hätten gute Augen, mein schönes Fräulein, und man dürfte Sie nicht so im Horn fortgehen lassen, denn Asta muß sich doch ärgern, wenn ihr Freier ihr untreu wird und . . .“

„Freier?“ fragte Adriane aufhorchend. „Bewirbt sich denn Herr v. Eckardt um Astas Hand?“

Hat sich beworben und einen Korb bekommen,“ erklärte der Professorenvater schmunzelnd. „Aber deswegen brauchte er doch nicht gleich hinzulaufen und sich in die älteste, beste Freundin der Grausamen zu verlieben — so was ärgert einen doch natürlicherweise! Und sehen Sie, die alte Freundschaft braucht ja gar kein so böses Ende zu nehmen, wenn Sie nur dem amerikanischen Herrn erlauben wollten . . .“

Die Operettensängerin, welche mit unwillig gerunzelter Stirn zugehört hatte, brach hier wieder in ein lautes Lachen aus und rief: „An Ihnen ist ein großer Diplomat verloren gegangen, Herr Musikdirektor! Ich habe nie etwas Ähnliches erlebt! Sie wollen mir also ganz zart zu verstehen geben, daß ich meinen eignen Andeter auffordern soll, doch

lieber sein Heil zum zweitenmal bei seiner ersten Flamme zu versuchen, ehe er mich endgültig weiter anbetet.“

Die Ironie, die in ihrem Tone lag, brachte den guten Diedrichsen wieder etwas aus der Fassung. „Aber, mein Fräulein! Nein, wie werde ich denn so etwas verlangen, das wäre ja allerdings sehr freundschaftlich von Ihnen gehandelt, aber . . . Ich meine bloß, weil Fräulein Trudi meinte, Sie hätten so gute Augen und . . . hm! . . . Sie ließen sich gewiß versöhnen. Hahaha! Ja, wenn's eine schwierige Sache zu bejählen gibt, da muß der liebe Schwiegerpapa immer daran glauben. Ach geh' doch hin, Papachen, thu's doch mir zuliebe, Papachen, sag ihr's doch, Papachen. . . .“

„Sagte Fräulein Trudi?“

Sagte Fräulein Trudi, ja, und ich ließ mich endlich erweichen . . .“

Die Rose trat in diesem Moment ins Zimmer und meldete den Prinzen Führingen und den Leutnant Leden an. „Ich sagte, daß gnädig Fräulein beim Packen wären, aber die Herren wollten sich nicht abweisen lassen,“ sezte sie entschuldigend hinzu.

„Nun, dann bitten Sie sie mein wegen . . .“

„Um Gottes willen!“ flüsterte der alte Diedrichsen, die schöne Serbin ängstlich am Arm ergreifend. „Sie werden doch die Herren nicht hereinlassen? Wenn der Leutnant Leden mich hier sieht — er sagt's ja natürlich gleich der Trudi wieder und das verzeiht sie mir nie!“

„Sie sagten doch aber . . .“ bemerkte Adriane boshaft lächelnd.

Das Mädchen war schon vorher, ihrem heimlichen Wink folgend, hinausgegangen und man hörte die beiden Herren im Korridor näher schreiten.

„Herr des Himmels — sie kommen! Lassen Sie mich doch anderswo hinaus — verstecken Sie mich!“ leuchtete der Geängstete, auf die Thür des Nebenzimmers zuspringend und sie rasch aufreichend. „Aber da prallte er wieder zurück: „O weh, ein Schlafzimmer!“

Aber Adriane schloß lachend die Thür hinter dem auf

übergesiedelt sind, verlautet nunmehr bestimmt, daß Herr Hauptmann von Dreyfus, wenn ihr Mann freigesprochen wird, ihren Wohnsitz nach Brüssel verlegt. — Dem Kriegsgericht in Alzey lag in der vorigen Woche ein niederrädriger antisemitischer Kaiser vor, der dem ein israelitischer Judee Lissi behaute das Opfer zweier Komraden geworden wäre. Beide verletzten während seiner Abwesenheit ein Judenfrankentüm in selben Stocka, belagerten sich dann beim Feldwehr, es sei ihnen ein solches Stadt geschlossen worden, außerdem eine Packhütte von 20 Tausend und verdächtigten den Alzeyer. Natürlich laubt sich das Judenfrankentüm, Lissi wurde vor ein Kriegsgericht gebracht und wurde streng bestraft worden, wem nicht ein dritter Komrade einen der beiden Mädeler hätte sagen hören: „Es ist mir gelungen, den Judentum vor ein Kriegsgericht zu bringen.“ Das Kriegsgericht war empört über diese Entstaltung und stellte Mädeler, Verlogten mit Schlägen einander gegenüber, worauf dann jene ihre Unschuld eingestanden. Lissi wurde sofort freigesprochen. Ein habsüchtiger Betrug zur Indisziplinierung und zur moralischen Verlassung der Gemüther, die sie gezeigt hat. — Wie heftigster Wehrkampf und hat Mordgangsklar beimgelaufen. Die neuen Gebäude der Festungsstadt sind eingerichtet, die Verbindung zwischen der Mairie und Tonantritt ist unterbrochen. Der Materialschaden ist beträchtlich. — Ein Fall von Venenpest ist in Middelburg (Draußen) vorgekommen. Der Kraut ist ein Huber, der stark von Bomben angekommen ist. — In Ostindien gerieten die Truppen der Garnison von Edwardsabad in einen Kampf mit einer Anzahl von Maubern, von denen sieben gefangen genommen wurden. Von den britischen Soldaten wurden sechs getötet, vierzehn verwundet.

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen. Wegen Majestätsbeleidigung wurde gegen den Arbeiter Giese in Hannover auf acht Monate Gefängnis verurteilt. — In Homburg bei Düsseldorf ist ein Schiffsheizer vom Boot „Mainzheim II“ wegen Majestätsbeleidigung verhaftet worden. — Die zweite Strafkammer des Landgerichts München I sprach den 24 Jahre alten Weber Rudolph Deab von Steinhübel in Österreich vor der Anklage der Regentenbeleidigung frei. Die Anzeige wurde im Oktober vorigen Jahres von dem Gastwirthe Mathias Heim, zur Zeit in Basing, gemacht, während die angeblich beleidigende Auskunft bereits im Juni gehabt worden sein soll. Die Loyalität dieses biederen Gastwirths gegen das bayerische Regentenhaus erscheint zum Mindesten sehr fabenscheinig, wenn man in Betracht zieht, daß die Anzeige erst dann gemacht wurde, als für den bis auf die Knöchen monarchisch gesinteten Boppenwirth die Gewißheit bestand, daß eine von dem Angeklagten Drab gemachte Beschuldigung von 18 Mark nicht mehr einzubringen war. — Vor dem Breslauer Landgericht standen die beiden wegen Bagabondage etc. vielfach vorbestraften „Arbeiter“ Otto Göbel und Max Störmer unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Sie waren wieder einmal durch Gebote der Polizei, sich ein Obdach zu schaffen, nicht nachgekommen und stiehen, um ohne Rüden zu einem solchen zu gelangen, öffentlich beleidigte Kleiderungen gegen den Kaiser aus. Sie wurden wegen der Majestätsbeleidigung zu je drei Monaten Gefängnis wegen Obdachlosigkeit zu einer Woche Haft und Überwirbung an das Strafanstalt verurtheilt. — Der Handelsmann Ulrich Siebler hat am 27. Dezember v. Z. in einem Restaurant zu Breslau Beklagerungen gegen den Meister, den Breslauer Polizeipräsidenten und die dortige Schuhmannschaft ausgesprochen, wird aber freigesprochen, da das Breslauer Landgericht als festgestellt auffaßt, daß es sich bei Begehung des Thatsachen im Gustabe Erkranktheit befand. — Ein Kind aus Majestätsbeleidiger! Aus Bosen wird gemeldet: Die hiesige Strafkammer verurteilte den dreizehnjährigen Fischerlehrling (?) Josef Brodowski aus Schwerenz wegen Majestätsbeleidigung zu einer Woche Gefängnis. (Das Strafmahl kann unmöglich richtig sein, da das Mindestmaß für Vergehen dieser Art 2 Monate beträgt. Red. d. L. B.) — In Heilbronn wurde ein aus der Stadt ausgewiesener einundzwanzigjähriger Tagelöhner wegen Majestäts-Beleidigung ver-

gerechten alten Herrn und sagte: „Bleiben Sie nur ruhig drin. Einen andern Ausgang habe ich hier nicht.“

Unmittelbar darauf traten die gemeldeten beiden Herren über die Schwelle; der Prinz ruhig, elegant, etwas steif wie immer, Bodo in unzweckhaft rosigster Laune, mit einem Sonnenuntergangsteint, welcher deutlich verrith, daß er soeben von einem Liebesmahl kam.

Er eröffnete auch in außerordentlich raschem Tempo das Gespräch: „Aber meine Gnädigste, wie ich das von Ihnen finde! Sie wollten uns heimlich entfliehen? Avertirten uns gar nicht von Ihrer Abreise! Sie sehen, eine böse Ahnung hat uns hierher geführt! Ihre Abschied sollen Sie nun doch nicht davonkommen! — Wir dürfen Ihnen doch packen helfen, zauberhafteste aller Nachtigallen?“

„Bitte bemühen Sie sich nicht. Mein Mädchen kann ja . . .“

„O, eine Rose hat keinen Begriff von Packen, meine Gnädigste. Wenn Sie wüßten, was ich letztes Maßnahmen alles in meinen Vorschriften hineingezaubert habe! Das heißt: selbstredend hat mein August gepackt, ich leitete jedoch die Übung. Kommen Sie, Prinz, legen Sie einmal mit Hand an! Sehen Sie bloß, diese Legion von entzückenden Stiefeln und Schuhen! Wissen Sie, wie man Dameustiefe einpackt?“

Dem durch und durch korrekten Prinzen Führingen war es nicht gegeben, auf den leichten Ton seines jüngeren Sportfreundes einzugehen. Er nahm dem letzten Leutnant die Stiefel aus der Hand und sagte: „Bergreifen wir uns nicht an diesen Heiligthümern!“

„Ah! Schön gesagt, mein Prinz!“ lächelte die Grigori und verbogte sich artig. „Wenn Sie als Standesperson das Sagen nicht verschmähen, so würden Sie mich allerdings verbinden, wenn Sie mir helfen wollten, das Sophia abzuräumen.“

Sie sprach ausschließlich mit dem Prinzen und gönnte

hastet. — Der Wascharbeiter Schulz in Altona hat am 20. Juni v. Z., am Tage vor der Reichstag-Stichwahl in einem Gespräch über die Wahl, das er mit seinem ehemaligen Dienstherrn, einem Mühlensiebner, pflegte, eine Ausserung über den Kaiser gehabt, in der eine Majestätsbeleidigung erbliebene wurde. Die betreffende Anzeige ist erst später von dem Mühlensiebner erstattet worden. Das Gericht erblieb weniger in den Worten selbst als momentlich mit Rücksicht auf die „begleitenden Umstände“ und die Absicht, in welcher der Angeklagte die fragliche Ausserung gehabt eine Majestätsbeleidigung und verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Über die Spielwirth in Offizierskreisen wird den „Berl. Neuest. Nachr.“ von „geschäftiger Seite“ im Gegensatz zu der Behauptung des Kriegsministers, daß das Spiel eingeschränkt sei, geschrieben, so toll wie schief sei es noch nicht getreten worden. In alten Zeiten sei wohl mal nach Liebemahnen oder bei anderen Gelegenheiten im Hinterzimmer „getempelt“ worden, aber das Spiel habe sich in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. Heute wählen Metzger angenommen und verloren, durch die manche hoffnungsvolle Eggenz vernichtet und manche ehrenwerte Familie an den Weltstad gebracht werde. Ausgesontere schildert die Geschichte, wie junge unerschorene Offiziere von „Damen“, die sich zunächst mit dem Mädelchen der Jugend und Ehrenhaftigkeit zu drapieren versuchten, zum Spiel verlockt und den Wachtern in die Finger geführt werden. Sie verlangt, wie es schon der Minister in Aussicht gestellt hat, daß der Kommandeur seine Offiziere dazu verpflichtet, ihm die Offiziere der Dunkelmänner beßere Übermittlung an die Staatsanwaltschaft zu übergeben und daß die „Schlepperinnen“ polizeilich festgestellt und ihre Namen ab und zu den Militärbehörden mitgeteilt würden, damit vor ihnen gewarnt werden kann.

Aus dem Lager der „Scharfmacher“. In den „Leipz. N. Nachr.“, einer Bismarckzeit, findet sich folgendes Zusätz:

Junge seiner Herr
sucht einen Freund, der mit ihm in intimen
Verkehr treten will.

Öfferten mir „Homogen“ B.B.B. haupt-
postlagernd erbaten.

Das Zusätz ist deutlich genug, sein Charakter ist auf den ersten Blick zu erkennen. Trocken haben die stummen „Nachrichten“, daß für Buch und Cate und die heiligsten Güter fechtende Scharfmacherungen, ohne Bezeichnung das Faseral aufzunommen. Selbst riecht nich t.

Die Hauptperson! Über die im Niederschelb (Kreis Wehlau) abgehaltene Kaisergerichtsstätte berichtet die „Zeitung für das Distrik“: Nachdem das Kaiserthochzeitspaar gebracht war, wurden verschiedene Theatertische aufgesucht. „Herr Frank, Leutnant der Reserve“ — so heißt es weiter — „wollte den Aufzügen 3 und 4 doch bei und brachte keine günstige Beziehung ein, obwohl er die Leistungen ans Herz verwarf. Als er sah, daß Herr von Eckardt eintrat, Adriane forderte ihn durch Beichen auf, sich nicht selbst bemerkbar zu machen. Denn obwohl der Besuch des genialen Diplomaten Diedrichsen senior sie heiter gestimmt hatte, wünschte sie doch, daß Bodo noch weiter gehen möchte in seinen anwährenden Vorschlägen, um sich eine Befreiung von Seiten ihres Hofmarschalls zuzuziehen.“

Der liebenswürdige Prinz schwieg in seinen neuen, unihigen Art dies selbst ihm zu wollen, doch unterbrach ihn der Leutnant ungeniert mit dem Anerbieten, für das Getränk Sorge tragen zu wollen, falls Führingen die Kluft übernehmen wollte. „O! Eine entzückende Idee!“ Mit diesem lauten Ausruf trat nun plötzlich Rudolf vor, und überraschte damit die Dame des Hauses ebenso sehr, wie ihre Besucher. „Meine Gnädigste! Entzückt Sie zu so guter Stunde in so guter Gesellschaft zu treffen.“ Er küßte ihr galant die Hand und verbeugte sich dann artig gegen die beiden Herren.

„Ich habe Ihnen noch einen Gast mitgebracht“, fuhr er dann fort, sich an Adriane wendend. „Einen Gast, den ich Ihnen schon lange versprochen hatte — Herrn Major außer Dienst von Muzell — gestatten, daß ich ihn herein bitte?“

Die Grigori winkte lächelnd Gewährung. Der Leut-

nant Bodo aber traute seinen Ohren kaum, als er den Namen seines bissartigen Obermanns heraushörte und konnte sich nicht enthalten, ein halblautes „Donnerwetter, nun wird es hübsch!“ in jenen lustvollen Raum zu murmeln, den vereint sein Bart einnehmen sollte.

Rudolf führte seinen väterlichen Freund herein und stellte ihn Fräulein Grigori, sowie Seiner Durchlaucht vor. Der kleine Dragoner, durch reichlichen Genuss alkoholischer Getränke besonders witzig gestimmt, konnte sich nicht enthalten, den ärgsten Kravattemacher von ganz Berlin ein wenig „auszuhören.“ Er ließ also die Spuren zusammenkrallen, verbogte sich militärisch kurz und nieselte: „Gestalten Herr Major — mein Name ist von Losen.“

Und der alte Menz musterte den jungen Mann mit boshaftem Lächeln von oben bis unten und sagte dann, den Jungen drohend erhoben: „So so, der sind Sie also? Na, von Ihnen hab' ich schöne Geschichten gehört!“

(Leute. Witz.)

Der poetisch. Burlesche. A. (früh 9 Uhr): Kann ich nicht Ihnen Herren sprechen? Burlesche: Nein, nein, das Herr Lieutenant schlafst noch, und gefährlich ist's, den „L-u“ zu machen.

„Das gibt eine Christian mehr, gnädige Frau. Das ist alles.“

„Das ist alles.“

Der poetisch. Burlesche. A. (früh 9 Uhr):

Kann ich nicht Ihnen Herren sprechen? Burlesche: Nein, nein, das Herr Lieutenant schlafst noch, und gefährlich ist's, den „L-u“ zu machen.

nant Bodo aber traute seinen Ohren kaum, als er den Namen seines bissartigen Obermanns heraushörte und konnte sich nicht enthalten, ein halblautes „Donnerwetter, nun wird es hübsch!“ in jenen lustvollen Raum zu murmeln, den vereint sein Bart einnehmen sollte.

„Ah so! Herr Major meinen gewiß den stilvollen Scherz mit dem alten Mannhäher, der mir den Mann mit der Blechmarke auf die Bude schickte. Denken Sie sich bloß, Herr Major, wie der Beamte vernahm, daß das Gesäß jederzeit zu seiner Verfügung steht, zog er sich in Wurmgesetzart zurück und ward nicht mehr gesehen. Der Scherz hat unter den Kameraden Sensation erregt.“

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieg. Verlag) ist soeben das 20. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Treitshes Vorlesungen. — Friedrich Engels und das Militärsystem. Von Max Schipper. II. — Schipper und der Militarismus. Von R. Kautsky. — Materialismus oder Kantonismus. Von G. Plechanow. (Schluß.) — Litterarische Rundschau. — Notizen: Das Parteidokument und seine Verwendung. — Feuilleton: Ästhetische Streitfälle. Von Franz Mehring. (Schluß.)